

Racial Profiling – Was tun?!

Online-Veranstaltung am 14. Juli 2020

Einführung durch Andreas Foitzik, adis e.V.

I have a dream. „Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilen wird.“ Vor über 50 Jahren hat Martin Luther King diese Vision formuliert, und auch wenn sich seither vieles verändert hat, ist dieser Traum für die meisten Menschen dieser Welt immer noch keine Realität.

Aber es ist diese Vision von einer Gesellschaft, in der alle Menschen ein gutes Leben führen können, die auch uns Orientierung gibt für unsere Arbeit. Ein gutes Leben zu führen, bedeutet zum einen einen freien und gleichberechtigten Zugang zu haben zu dem, was man zum Leben braucht. Es bedeutet aber auch, sich frei bewegen und entfalten zu können. Zugehörig sein. Sicher zu sein. Anerkannt und respektiert zu werden als einzelne Person wie in allen Wirs, zu denen mensch sich zugehörig fühlt. Anerkannt und respektiert zu werden in den eigenen und geteilten Träumen wie in den eigenen und geteilten Schmerzen.

Und es gehört eben auch dazu, dass man sicher sein kann, von den Kräften, die für Sicherheit und Konfliktregelung zuständig sind - wie es Martin Luther King sagen würde - nicht nach der Hautfarbe, sondern nach dem Charakter beurteilt zu werden.

Wir wissen, wie weit wir von dieser Idee einer diskriminierungsfreien Gesellschaft entfernt sind. Und wir wissen auch, dass man schnell als radikal wahrgenommen wird, wenn man an dieser Vision festhält. Aber dann ist es gut radikal zu sein, fordern wir hier doch nicht mehr ein, was allen Menschen in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* zugestanden wird.

*„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Geschwisterlichkeit begegnen.“
(Artikel 1)*

„Jede hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“ (Artikel 28)

„Voll verwirklicht“, nicht nur ein bisschen, oder nur für einen kleinen Teil!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und doch wird die Würde vieler Menschen ständig angetastet. Jeden Tag.

Was das mindeste ist, was wir jetzt gemeinsam durchsetzen müssen, ist das Recht aller Menschen, sich gegen Würdeverletzungen zur Wehr setzen zu können. Das eigene Recht einfordern zu können, ohne Angst zu haben, dadurch neues Unrecht zu erfahren. Sich beschweren zu können, in der Schule, bei der Arbeit, gegenüber den Behörden und eben

auch gegenüber der Polizei, wann immer man Benachteiligung, Ungleichbehandlung, Würdeverletzungen erlebt.

Und dabei ist es völlig unerheblich – auch das ist im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz klar geregelt –, ob diese Benachteiligung, Ungleichbehandlung, Würdeverletzungen absichtlich erfolgt. Es zählt nur die Wirkung.

Das ist das, woran wir bei adis und in vielen anderen Einrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit arbeiten. Das banale Recht, sein Recht in Anspruch nehmen zu können. Immer. Überall.

Der Verein adis e.V., für den ich hier spreche, versucht auf ganz unterschiedliche Weise, an diesem Ziel zu arbeiten. Wir beraten und unterstützen Menschen, die ihr Recht einfordern, egal, ob auf dem Arbeitsmarkt, in der Schule, der Hochschule, in der Freizeit. Wir weisen öffentlich auf Ungerechtigkeit und strukturelle Diskriminierung hin. Und wir arbeiten über Organisationsberatung und Qualifizierung mit Institutionen wie Jobcenter, Schulen, Verwaltungen oder Unternehmen, wenn sie beispielsweise Beschwerdestrukturen aufbauen wollen oder in anderer Weise ihre Verantwortung für diskriminierende Strukturen in der eigenen Institution ernst nehmen.

Wir bewegen uns dabei immer auch in einem Spannungsfeld. Auf der einen Seite arbeiten wir in solidarischen Bündnissen mit Menschen die von struktureller Diskriminierung negativ betroffen sind, auf der anderen Seite mit Einrichtungen, die von vielen dieser Menschen als machtvolle und auch angrenzende Institutionen wahrgenommen werden.

So arbeiten wir mit der Stadt Tübingen in dem Projekt „Tübingen aktiv gegen Diskriminierung“ (TAKT¹) gegen Rassismus und Diskriminierung. Wir können über dieses Projekt Empowermenträume ermöglichen. Und wir müssen uns in der Stadt gleichzeitig mit einem Oberbürgermeister auseinandersetzen, der die Rassismuserfahrungen der Menschen, die wir mit dem Projekt zur Kooperation auch mit der Stadt einladen, immer wieder bagatellisiert, und rassistische Bilder und Figuren reproduziert.

Wir beraten Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind und auch hier in Tübingen Polizeigewalt erleben, und kooperieren mit engagierten Polizist*innen in der Kampagne „Arbeitet Uli heute“, eine Kampagne gegen Sexismus und Rassismus in Tübinger Clubs.

Wenn ich hier von „Wir“ spreche, stimmt dies bezogen auf viele Visionen und Ziele. Aber gerade auch bei dem Beispiel Polizei wird deutlich, dass wir diese Arbeit vor ganz unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen machen. Während die einen auch schon schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben, haben andere auch schon mal eine gute gemacht. Während die einen selbst im Visier des Racial Profiling stehen, müssen andere reflektieren, in welchen Situationen sie selbst „profilen“ (So war es für mich erschreckend, mich zu beobachten, wen ich in einer fremden Stadt nach dem Weg frage.)

¹ www.takt.online

Als ich einmal bei einer kleinen Verkehrswidrigkeit mit dem Rad bemerkt habe, dass mir ein Polizeiauto hinterherfährt, habe ich mir – weil ich keinen Ärger wollte - erlaubt, mich durch ein paar Hinterhöfe davon zu machen. Für mich ein „Spiel“ mit überschaubaren Risiken, für andere eine Aktion mit womöglich unkalkulierbarem Ausgang. Wir haben auch in unserem Team nicht das gleiche Bild von der Polizei, weil wir ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben. Individuell und Kollektiv.

Aber was uns eint ist, dass wir es unerträglich finden, dass Menschen, die zu uns in die Beratung kommen, die uns von erniedrigenden und gewaltvollen Erfahrungen mit der Polizei berichten, damit nicht an die Öffentlichkeit gehen möchten, einfach weil sie Sorge vor den Folgen haben. Sie haben Angst. Die Risiken sind zu unüberschaubar. Das ist nicht die Gesellschaft, in der wir leben wollen.

Auch deswegen müssen wir heute über Racial Profiling reden. Das ist das mindeste, was wir tun können. Was wir alle tun können. Und es darf nicht beim Reden bleiben. Wir müssen zusammen an dem Ziel arbeiten, dass es keine Institutionen in dieser Gesellschaft mehr gibt, die nicht von einer kritischen Öffentlichkeit kontrolliert wird. Dabei geht es nicht zuerst um rechte Polizist*innen. Die gibt es auch. Es geht uns vielmehr um Polizeipraktiken, die – wie Studien zeigen - tief verankert sind, von Generation zu Generation weitergegeben und ohne jedes Unrechtsbewusstsein ausgeübt werden. Es sind Praktiken, die auf rassistische Bilder zurückgreifen und sie reproduzieren. Praktiken/Bilder, die auch in weiten Teilen der Gesellschaft verankert sind.

Es muss in einem demokratischen Rechtsstaat möglich sein, in aller Ruhe und Sachlichkeit über institutionelle Diskriminierung zu sprechen. Bei der Polizei, wie in allen anderen Institutionen. Letzte Woche hatten wir von adis e.V. eine Veranstaltung zu rassistischen Strukturen in Branchen wie Onlinehandel, 24-Stunden-Pflege, Leiharbeit oder der Fleischindustrie². Auch hier muss man nicht drüber streiten, ob Herr Tönnies ein Rassist ist, aber auch ohne ihn, würde diese Branche immer wieder Strukturen von rassistischer Ausbeutung hervorbringen. Weil auch Schulen sich damit auseinandersetzen müssen, warum sie es nicht schaffen, soziale Ungleichheit auszugleichen, sondern sie sogar noch verstärken, haben wir letztes Jahr ein Konzept für eine diskriminierungskritische Schule veröffentlicht³. Immer geht es uns dabei darum, Rassismus nicht als Fehlverhalten einzelner, sondern als strukturelles Problem zu erfassen.

Wenn wir nun heute über die Polizei und private Sicherheitsdienste sprechen, dann ist dies zunächst nichts anderes, als wenn wir über den Arbeitsmarkt oder die Schulen sprechen. Und doch geht es hier noch einmal um etwas anders. Eben weil die Polizei mit dem staatlichen Gewaltmonopol ausgestattet ist, greift ihr Handeln potentiell umso tiefer in die Persönlichkeitsrechte ein und muss deswegen umso dringender öffentlich beobachtet und

² <https://adis-ev.de/racial-profiling-was-tun>

³ <https://adis-ev.de/diskriminierungskritische-schule>

kontrolliert werden. Gleichzeitig hat sie - mehr als alle anderen Institutionen - eine unglaubliche Lobby, die in großen Teilen jegliche Kritik abwehrt.

Wenn der Innenminister sagt, er braucht keine Studie zum Thema Racial Profiling in der deutschen Polizei, weil Racial Profiling verboten sei, ist das in etwas so, wie wenn man sagt, man braucht keine Steuerfahndung, weil Steuerhinterziehung verboten ist. Im Übrigen könnte man dann auch die Strafverfolgung nach den Jugendprotesten in Stuttgart einstellen, weil Scheiben einwerfen auch verboten ist.

„Wenn ich nichts zu verbergen habe, kann ich mich ja kontrollieren lassen“. Dieses Argument hören Menschen, die sich gegen die ungerechtfertigten Kontrollen zur Wehr setzen. Zuerst muss dieser (Grund-)Satz für die Polizei gelten: Wenn ich nichts zu verbergen habe, kann ich mich auch kontrollieren lassen.

Der Reflex der Politik jegliche Kritik an der Polizei abzuwehren, schadet der Polizei als demokratische Organisation und tut denen einen Bärendienst, die mit guten Absichten zur Polizei gehen und dort einen anständigen Job machen (wollen). Genau das ist doch der wesentlichste Unterschied zwischen einer Demokratie und totalitären Regimen: Gerade die Staatsorgane, die mit viel Macht ausgestattet sind, müssen besonders kontrolliert werden und dürfen kein Eigenleben entfalten, wie wir es jetzt erst wieder bei der Bundeswehr beim SEK in Calw gesehen haben.

Es ist absolut unverständlich, dass darum überhaupt gerungen werden muss. Dass der UN-Fachausschuss zur Antirassismuskonvention CERD, den Vertragsstaat Bundesrepublik (wörtlich) „drängt zu intensiveren Anstrengungen, um jede Praxis des racial profiling durch Polizeibeamte von Bund und Ländern effektiv zu bekämpfen und zu beenden“, dies aber die staatlichen Organe mehr oder weniger kalt lässt, sei hier nur als Fußnote erwähnt.

Die Diskursverschiebung nach den Ereignissen in Stuttgart vor drei Wochen ist ein aktuelles Beispiel. Kaum wird in der Gesellschaft über Polizeigewalt und Racial Profiling gesprochen, wird von vielen diese Gelegenheit genutzt, den Diskurs umzudrehen und die Polizei als Opfer darzustellen. Gab es in den ersten Tagen nach den Vorfällen gerade aus der Stuttgarter Polizei heraus noch sehr besonnene Töne, die die Jugendlichen als Stuttgarter Jugendliche bezeichnet haben, wurde dann sukzessive immer mehr die vermeintliche Herkunft dieser Jugendlichen zum Thema. Es waren auf einmal keine deutschen Jugendlichen mehr, sondern Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dieser Migrationshintergrund wurde dann immer mehr zum eigentlichen Problem. Und nun will der gleiche Polizeipräsident, der in den ersten Tagen nach den Vorfällen so vorsichtig gesprochen hatte, sogar über Generationen hinweg von deutschen Jugendlichen die Migrationshintergründe recherchieren lassen. Haben Sie schon mal davon gehört, dass aus Präventionsgründen die Polizei die Stammbäume von Wirtschaftskriminellen untersucht, oder bei jugendlichen Nazis nach den Biografien ihrer Großväter forscht?

Wenn es wirklich darum geht, zu verstehen, warum es in dieser Situation zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, müssten weniger die Familienverhältnisse, als die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick genommen werden. Dann müssten andere Fragen gestellt werden,

beispielsweise: Welche Rolle spielen die durch strukturellen Rassismus geprägten sozialen Milieus, in denen die Jugendlichen leben? Welche Rolle spielen Ausschluss und Ausgrenzungserfahrungen? Welche Rolle spielen Erfahrungen entwürdigender Behandlungen durch Institutionen wie die Polizei selbst? Welche Rolle spielen öffentliche Stigmatisierungen als Kriminelle? Gab es nicht schon immer das Phänomen von Jugendprotesten? Wer benutzt diese Jugendkrawalle für was? Wem kommen sie gelegen?

Wir machen diese Veranstaltung heute auch, weil wir dieser Diskursverschiebung von black lives matter zu Polizei als Opfer etwas entgegensetzen möchten. Wir alle, speziell aber auch die Soziale Arbeit muss sich entschieden gegen jede Form von Racial Profiling stellen. Dies ist, wie Vassilis Tsianos es nennt, Demokratietarbeit⁴.

Wir von adis e.V. haben uns lange nicht zu diesem Thema öffentlich geäußert. Wir wissen um die Meinungsmacht derer, die genau diesen Diskurs nicht wollen. Wir tun uns auch nicht leicht mit diesem Thema.

Dabei spielt das Thema Racial Profiling in unserer Arbeit schon lange eine wichtige Rolle. Wir haben bereits im November 2014 in Folge des NSU-Skandals mit dem Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik eine kleine Kampagne gemacht zum institutionellen Rassismus in den Sicherheitsbehörden⁵. Wir begleiten in der Beratungs- wie in der Empowermentarbeit Menschen, die mit der Polizei in Konflikt kommen. Erst letztes Jahr haben wir einen Fall begleitet, bei dem ein Schwarzer Mann aus Konstanz sich gegen den Drogeriemarkt Müller vor Gericht durchgesetzt hat, weil er von der Security ganz offenbar verdachtsunabhängig kontrolliert und festgehalten wurde⁶.

Vor wenigen Monaten ist unsere Publikation „Recht vor Gnade“⁷ erschienen, in dem wir 20 internationale Menschenrechtsentscheidungen vorstellen, davon auch mehrere zum Thema Racial Profiling, um sie nutzen zu können für den Kampf gegen Diskriminierung. Eben weil Gleichbehandlung kein Gnadentat ist, sondern ein Recht, das allen zusteht.

Trotzdem hat es die wirklich beeindruckende Kundgebung vom 6. Juni von der Gruppe Black Visions & Voices aus Tübingen gebraucht, um uns bei adis e.V. den Anstoß zu geben, uns nach vielen Jahren wieder öffentlich auch zu diesem Thema zu äußern. Anlässe hätte es genug gegeben.

Uns so gibt es genügend Anlässe, etwas zu tun, und nicht nur darüber zu reden:

Auf der Ebene der Polizei selbst: Wir sehen, dass es innerhalb der Polizei große Unterschiede gibt, wie sie sich in konkreten Situationen verhalten. Wir appellieren an Polizist_innen verantwortungsvoll zu agieren und Kolleg_innen, die rassistisch handeln nicht zu decken. Wir wünschen uns, dass diskriminierungskritische Bildung, Machtsensibilität und Reflektion der eigenen Rolle und der Geschichte von Rassismus in der Ausbildung und im Berufsverständnis

⁴ In Standpunkt: Sozial, Ausgabe 2018/1, Themenheft Antidiskriminierungspolitik – Anfragen an die Soziale Arbeit, HAW Hamburg, Bestellung dieser sehr wichtigen Broschüre zum Thema Racial Profiling, über juergengeorg@haw-kamburg.de

⁵ <https://www.rassismuskritik-bw.de/auf-ruf-paedagoginnen-gegen-institutionellen-rassismus/>

⁶ <https://adis-ev.de/verstoss-gegen-das-agg-drogeriekette-wegen-rassismus-verurteilt>

⁷ <https://adis-ev.de/recht-vor-gnade-bedeutung-von-menschenrechtsurteilen-fuer-die-diskriminierungskritische-soziale>

von Polizist_innen eine angemessene Rolle spielen und wir alle Menschen guten Gewissens an die Polizei verweisen könnten.

Aber auch für alle anderen gibt es Unterstützungsmöglichkeiten: Passant_innen rufen wir auf, sich einzumischen und dazwischenzugehen, wenn sie Übergriffe beobachten.

Alle, die Geld übrig haben, können Geld spenden, um Rechtsverfahren durchführen zu können⁸.

Vor allem aber solidarisieren wir uns mit dieser Veranstaltung mit allen, die sich weltweit gegen Rassismus einsetzen. Jetzt und immer wieder.

⁸ Wir empfehlen hier den Rechtshilfefonds von KOP (Kampagne für rassistische Polizeigewalt): <https://kop-berlin.de/spenden>